

# Das Jahr 2011 – Politik im Schatten der Finanzmärkte

*Lebensmittelskandale – Olaf regiert Hamburg – Plagiator zu Guttenberg – Euro in der Krise, EU auch – Fukushima – Rolle rückwärts zum Atomausstieg – Ein Grüner regiert in Baden-Württemberg – Arabischer Frühling, deutsche Ratlosigkeit – Kuschelputsch in der FDP – Energiewende? Ja bitte! – Hilfe für Griechenland oder Banken – Klar zum Entern, Piraten in Berlin – Merkozy-Politik für Europa – Herdprämiengezerre – Neonazis morden – Bild entzieht Wulff das Vertrauen.*

## Januar 2011

Die wirtschaftliche Entwicklung hat 2010 die Pessimisten beschämt und die Hoffnungen der Optimisten übertroffen. Der Wert aller produzierten Waren und Dienstleistungen ist nach dem Schrumpfsjahr 2009 mit einer Einbuße von 5,1 Prozent real um 3 Prozent gestiegen. Im Jahresdurchschnitt lag die Zahl der Erwerbslosen bei 3,245 Millionen (2010: 3,4 Millionen). Die Zahl der Beschäftigten ist im Monatsdurchschnitt 2010 auf Nachkriegsrekord gestiegen: 40,37 Millionen Menschen sind in Arbeit, 197.000 mehr als im Vorjahr. Dieser Zuwachs geht zum größten Teil auf die Zunahme prekärer Jobs zurück. Die Zeitarbeitsbranche beschäftigt 923.000 Menschen. Das sind fast 40 Prozent mehr als im Vorjahr. Zu den Schattenseiten gehört, sozialversicherungspflichtige Vollzeitjobs in der Industrie schrumpfen weiter. Das produzierende Gewerbe beschäftigt 18,9 Prozent der Erwerbstätigen. Fünf Jahre zuvor lag dieser Anteil bei 20,3 Prozent. Der Dienstleistungssektor beschäftigt fast Dreiviertel aller Erwerbstätigen. 1991 lag diese Quote erst bei 59,5 Prozent. Die Ausblicke auf das Wirtschaftsjahr 2011 sind bei dieser Ausgangslage nahezu einhellig optimistisch.

Das politische Jahr 2011 verspricht den Regierungsparteien eine Serie von Denkkzetteln ihrer Wählerinnen und Wähler. In sieben

der 16 Bundesländer stehen Landtagswahlen auf der Tagesordnung. Dazu gibt es etliche kommunalpolitische Stimmungstests. Offen ist noch, ob es in Nordrhein-Westfalen zu Neuwahlen kommt. Das Landesverfassungsgericht hat in sehr eigenwilliger Auslegung seiner Kompetenzen auf Antrag der CDU den Nachtragshaushalt der rot-grünen Minderheitsregierung vorerst gestoppt. Das führt zu Überlegungen, neue Haushaltspläne besser mit einer eigenen parlamentarischen Mehrheit aufzustellen, und das setzt voraus, den Weg über Neuwahlen zu gehen.

Den Grünen ist es peinlich bis unheimlich, sich in den Medien auf Augenhöhe mit den beiden traditionellen Volksparteien hochgelobt zu sehen. Die aufgeschreckte Union wehrt sich mit der Abqualifizierung der grünen Konkurrenz als «Dagegen-Partei». Die CSU brüstet sich, sie sei die «Dafür-Partei». Die FDP feiert ihr jährliches Hochamt auf dem Dreikönigstreffen in Stuttgart. Guido Westerwelle erklärt den Seinen, warum er auch im Quotenkeller das sinkende Schiff nicht verlassen werde. Die Sägegeräusche an seinem Stuhl werden etwas leiser. Die Linke fremdelt immer noch mit ihrer Doppelspitze. Der eine, Klaus Ernst, wird sein Besserwessi-Image nicht los, die andere, Gesine Löttsch, entpuppt sich als Nichts-dazu-gelernt-Ossi. In einem Zeitungsblatt für marxistische Nostalgie überrascht sie mit Kommunismus-Fantastereien. So ist zu lesen: «Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren, ob in der Opposition oder in der Regierung.» Ihre schlechtesten Kritiker sehen Die Linke wieder einmal als kommunistische Tarnorganisation entlarvt. Seriöse Kritik konstatiert den offenkundigen Nachholbedarf bei der Auseinandersetzung mit den historischen Wurzeln dieser Partei und mahnt zu einer Neupositionierung im aktuellen Geflecht linker Politik. Der SPD ist dies – nach eigenem Selbstverständnis – einmal mehr auf ihrer Vorstandsklausur gelungen. Sie verordnet sich ein 43 Seiten umfassendes «Fortschrittsprogramm». Parteivorsitzender Sigmar Gabriel erklärt, die Phase der Konsolidierung sei vorbei. 2011 werde das Jahr der Klärung und Profilierung. Vorerst geklärt sind für die SPD ein Anheben des Spitzensteuersatzes von 42 auf 49 Prozent, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und das Senken der Neuverschuldung durch Subventionsabbau

und Umschichtungen im Haushalt. Auf diesem Weg sollen die Bildung gestärkt, die Bürgerversicherung finanziert und Geringverdiener entlastet werden.

Während sich in Tunesien das Volk seiner despotischen Regierung entledigt und in Ägypten eine Demokratiebewegung mit täglich wachsender Vitalität die letzten Tage der Mubarak-Diktatur einleitet, wird in der deutschen Politik klein-klein gehäkelt. Neue Schweinereien der Futtermittelindustrie empören die Republik. Dioxin gelangte in Hühnereier und Schweinefleisch. Zeitweise werden 900 Mastbetriebe geschlossen. Die Bauernschaft redet über einen Schaden in Höhe von 40–60 Millionen. Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner stolpert von Krisenherd zu Krisenherd und will sich – wie schon so oft und meistens konsequenzlos – das alles nicht mehr gefallen lassen. Der Vermittlungsausschuss zwischen Regierung und Bundesländern zur Neuregelung der Hartz IV-Sätze tritt auf der Stelle. Nicht einmal drei Euro zusätzlich für das Warmduschen soll es im neuen Regelsatz geben. Würden wie bisher die unteren 20 Prozent aller Haushalte als Bezugsgröße für den Hartz IV-Satz herangezogen, so verlangt es die Opposition, statt nur die untersten 15 Prozent, müsste der Regelsatz um mindestens 35 Euro steigen. Dagegen stemmt sich die Verhandlungsseite der Regierung mit einer Abscheu, als ginge es um neue Hilfen für Griechenland. Kein Cent mehr als fünf Euro, so lautet ihre Probe auf Standhaftigkeit gegen die vermeintliche rot-grüne Weicheierei im Umgang mit Hartz IV-Bedürftigen.. Bei dieser Frontlage wären gesetzliche Mindestlöhne ein absolutes Muss, will man den Zufluss für Armut trotz Arbeit stoppen. Doch auch nach vier weiteren Verhandlungswochen zeichnet sich kein Kompromiss ab. Es bremst die FDP. Dieter Hundt, der Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, lässt wissen, eine strengere Regelung bei der Leiharbeit werde von der Wirtschaft unterlaufen. «Die großen Unternehmen werden Wege finden, um durch Auswechseln der Zeitarbeitnehmer mit dem Problem fertig zu werden.» So droht er dem Gesetzgeber. Listig bringt die FDP ins Spiel, den gleichen Lohn für Leiharbeiter erst ab einer Beschäftigungsdauer zwischen sechs und zwölf Monaten zahlen zu lassen. Als ob ihre Verhandlungspartner nicht wüssten, dass etwa 60 Pro-

zent der Leiharbeiter ohnehin nicht länger als drei Monate im selben Betrieb tätig sind und die Drehtüreffekte sich auf diese Weise noch verschlimmern würden. Was bleibt den Kontrahenten übrig? Es wird weiter verhandelt, und die Hartz IV-Bezieher erhalten einstweilen nicht einmal jene fünf Euro, die ihnen die Rechenkünstler der Ursula von der Leyen bereits zuerkannt hatten. Auf solche Art von Millimeterarbeit in der Politik hat nunmehr ein weiterer CDU-Spitzenpolitiker keinen Bock mehr. Peter Müller, Ministerpräsident des Saarlandes und Galionsfigur der ersten Jamaika-Koalition, will nach zwölf Dienstjahren im Sommer das Amt niederlegen. Er kokettiert mit dem Wechsel zum Bundesverfassungsgericht.

Aufhören, wo es doch gerade so viel Spaß macht, das ist nicht die Sache des Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg. Im Aufwind der Sympathie könnte er zurzeit alles werden: Kanzlerkandidat, CSU-Vorsitzender, bayerischer Ministerpräsident, Präsident von Bayern München oder sogar König (der Herzen). Dumm nur, dass er zunächst bloß der Verteidigungsminister ist. Und der gerät nicht mehr aus der Schusslinie. Das überstürzte Abwürgen der Wehrpflicht bei völlig unzulänglichen Alternativplänen ist noch gar nicht so richtig in das öffentliche Bewusstsein gedrungen, da häufen sich weitere Pannen: In Afghanistan erschießt ein deutscher Soldat seinen Kameraden beim Rumspielen mit der Waffe. Ungeschickte Informationspolitik verheimlicht zunächst die genauen Umstände. Dann kommt raus: Privatpost deutscher Soldaten in Afghanistan sei geöffnet worden. Und schließlich häufen sich fragwürdige Meldungen über die Ausbildungspraxis auf dem Segelschulschiff Gorch Fock der Bundesmarine. Eine Kadettin war dabei zu Tode gekommen. Der Minister verliert die Nerven, verfügt in Anwesenheit des Reporters der BILD-Zeitung aus dem Dienstwagen heraus die Abberufung des Kommandanten. «Kontraproduktiver Aktionismus», so kommentieren Altgediente das Agieren ihres Dienstherrn.

## **Februar 2011**

Der Sozialdemokrat Olaf Scholz kann neuer Erster Bürgermeister der Stadt Hamburg werden. Bei der Bürgerschafts-

wahl gewinnt die SPD die Mehrheit der Parlamentssitze: SPD 48,4 (+14,3), CDU 21,9 (-20,6), Grüne/GAL 11,2 (+1,6), FDP 6,7 (+2), Linke 6,4 (unverändert). Seit dem abrupten Ende der schwarz-grünen Koalition hatte sich dieser Machtwechsel abgezeichnet. Die SPD kann nach neun Jahren Opposition alleine regieren. Als lokale Besonderheit wird empfunden, dass der FDP trotz eines bundesweit ungebrochenen Abwärtssoges der Wiedereinzug in die Bürgerschaft gelingt. Dieser Erfolg wird einer jungen, unverbrauchten Spitzenkandidatin zugeschrieben. Wie üblich sehen sich die Wahlgewinner in einer guten Ausgangslage für den Wahlmarathon dieses Jahres, während die Enttäuschten keine Trendlinie erkennen wollen.

Anhaltende Proteste in der ägyptischen Hauptstadt erzwingen das Ende der autokratischen Regierung des Husni Mubarak. Das Militär will den Wechsel zu demokratischen Verhältnissen garantieren. In der arabischen Welt rumort es weiter. Der skurrile libysche Machtinhaber Muammar Gaddafi scheint der nächste Potentat zu sein, dem das aufständische Volk die Alleinherrschaft bedroht.

Die Rückzugsgefechte deutscher Träger demokratisch verliehener Amtsmacht scheinen vergleichsweise unbedeutend. Als sei es wirklich eine nationale Schicksalsfrage, wird ein, zwei Tage in den öffentlichen Medien bedauert, dass Bundesbank Präsident Axel Weber keine Lust mehr auf diesen Job habe und sich von der Bundeskanzlerin nicht mehr für einen späteren Posten als Präsident der Europäischen Zentralbank ins Spiel bringen lassen will. Jedenfalls scheint ihm ein avisiertes Job an der Spitze der Deutschen Bank um ein Vielfaches lukrativer als alles, was ihm Angela Merkel bieten könnte. Ohne Frage, die Spitzenposition bei der Deutschen Bank ist erheblich besser bezahlt. Noch unbeantwortet ist, wie lange die Politik es sich gefallen lassen will, dass diese Position auch politisch einflussreicher ist. Angela Merkel nutzt die Chance für die Neubesetzung an der Spitze der Bundesbank, um ihren wirtschaftspolitischen Berater Jens Weidmann zu installieren. Zweifellos ein Fachmann, doch die Fachwelt jammert, er könne eine zu enge Verbindung zu seiner einstigen Chefin beibehalten, was sich mit dem Mythos nicht verträgt, die Bundesbank müsse so etwas sein wie der Staat im

Staate. Am Hofe von Angela Merkel braut sich weiteres Unheil zusammen. Es bezieht sich auf den umtriebigen Kabinettslieb-ling zu Guttenberg. Da hat doch ein bislang nicht hervorgetre-terer Junior-Professor die Doktorarbeit des Verteidigungsmini-sters gelesen und ist auf zahlreiche Verstöße gegen die Regeln des akademischen Anstands und des Respekts vor den geistigen Leistungen anderer Autoren gestoßen. Guttenbergs Führungs-Medium – die *BILD-Zeitung* – informiert ihre Millionen-Le-serschaft über den immer größer werdenden Schmutzfleck auf der weißen Weste ihres Schützlings, als hätte er bloß bei einer Mathematikarbeit ein bisschen geschummelt. Die akademische Welt sieht das anders. Rasch bildet sich eine Internetgemeinde, die Seite für Seite Plagiatsvorwürfe überprüft und sie 270-fach bestätigt findet. Ganze Passagen wurden offenbar vom Schreiber der Guttenberg-Dissertation aus fremden Werken abgeschrieben. Selbst Ausarbeitungen des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages finden sich in der von der Universität Bayreuth mit «summa cum laude» beurteilten Doktorarbeit. Angela Merkel ist sich mit der Fan-Gemeinde Guttenbergs ein-ig. Dieser Mann verdiene auch in dieser Bedrängnis Rückhalt, denn für Fehler habe er sich schließlich vorbildhaft entschuldigt, das Führen seines Dokortitels erst freiwillig unterbrochen und dann sogar noch vor der Entscheidung einer Fachkommission der Universität Bayreuth ganz darauf verzichtet. Die akademi-sche Fachwelt ist sehr verwundert über die Äußerung der Kanz-lerin, sie habe Guttenberg nicht als wissenschaftlichen Assisten-ten, sondern als Verteidigungsminister engagiert. Doch darf ein Verteidigungsminister seine eidesstattliche Erklärung auf eigene Autorenschaft bei seiner Doktorarbeit brechen? Ist das nur eine Missachtung der wissenschaftlichen Gebräuche oder eine Lap-palie, mit der Missgünstler einen beliebten Politiker zu Fall brin-gen wollen? Guttenberg sitzt in der Klemme, und nur das hat er mit den zeitgleich bedrängten Despoten in der arabischen Welt gemein. Erste Vorwürfe scheinen ihm noch «absurd». Dann wer-den kleinere Fehler bei den Fußnoten eingeräumt, die er auf das Konto der Mehrfachbeanspruchung durch Familie und Politik bucht. Schließlich folgt das zerknirschte Entschuldigen, er habe «teilweise den Überblick über die Quellen verloren». Und da er ja schließlich nur sehr schlecht das Naheliegende zugeben kann,

nämlich Opfer eines schlampig arbeitenden Ghostwriters geworden zu sein, muss er die ganze Blamage auf sich nehmen und blauäugig versichern: «Ich kann auch eines sagen: Ich habe diese Arbeit selber geschrieben, weil ich stehe auch zu dem Blödsinn, den ich da hingeschrieben habe.» Es laufen erste Wetten: Wer gibt zuerst auf: zu Gutenberg oder Gaddafi?

Die Vermittlungsbemühungen zwischen Bundestag und Bundesrat über die Hartz-IV-Reform bleiben festgefahren. Im Bundesrat droht das Scheitern. Doch einer zieht die Reißleine, der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck. Nach Absprache mit zwei anderen Old-Boys, dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer und dem in seinen letzten Amtstagen wirkenden sachsen-anhaltinischen Landesvater Wolfgang Böhmer, übernimmt er das Heft des weiteren Verhandeln. Die bisherigen Verhandlungsführerinnen, Ursula von der Leyen für die Bundesregierung und Manuela Schwesig für die SPD-geführten Bundesländer, gelten öffentlich düpiert, machen aber beide gute Miene zum einsetzenden neuen Spiel der drei Polit-Oldies. Diese werden sich irgendwie einig, statt nur um fünf Euro die Regelsätze um acht Euro anzuheben. Die SPD-Seite will bei dieser Gelegenheit nicht mehr darauf beharren, dass Leiharbeiter wie Stammbesellschaften bezahlt werden. Dafür soll es aber Mindestlohn-Untergrenzen für Leiharbeit, für die Weiterbildungsbranche und für das Wach- und Sicherheitsgewerbe geben. Beim Bildungspaket für Kinder aus Geringverdienerfamilien sind zehn Euro im Monat als zusätzliche Unterstützung eingeplant. Die Kommunen freuen sich über zusätzliche 400 Millionen, die zur Finanzierung vom Mittagessen für Kinder, aber auch für Schulsozialarbeit ausgegeben werden dürfen. Die Regierungsseite verbucht zu diesem Einigungspaket noch einen kleinen Absatzerfolg: Die drei Euro gibt es erst zum nächsten Jahr, zusätzlich zur planmäßigen Erhöhung nach Maßgabe der Inflation und Lohnentwicklung. Das ganze Verfahren bis zu dieser Entscheidung ist sicher kein Ruhmesblatt für Regierungsarbeit, doch immerhin ein Ergebnis des Aushandelns im Kräftegefüge der unterschiedlichsten politischen Interessen. Im öffentlichen Diskurs wird leider immer wieder versäumt, diese Art der Lösung von politischen Konflikten und Interessengegensätzen gegen den populären Mythos zu

verteidigen, gäbe es nur mehr politische Lichtgestalten wie den Freiherren zu Guttenberg, ließen sich bessere oder schnellere Entscheidungen reibungsloser durchsetzen.

Was eine richtige politische Entscheidung ist, lässt sich nicht durch die Allmacht vermeintlicher Experten oder gutwilliger Despoten entscheiden. Ursula von der Leyen und Angela Merkel, die zwei Spitzenfrauen in der Politik, kreieren auf ihren Zuständigkeitsfeldern Vorschläge, die mit Recht umstritten bleiben. Die Arbeitsministerin hatte sich für gesetzliche Frauenquoten bei Spitzenpositionen der Wirtschaft starkgemacht. Die Bundeskanzlerin kapituliert vor dem Widerspruch der Unternehmensverbände und der Familienministerin Kristina Schröder und spricht eines ihrer selten gewordenen Machtworte: keine Quote, sondern Selbstverpflichtungen. Anders die IG Metall: Die Gewerkschaft mit Männerdominanz fühlt sich in dieser Debatte herausgefordert, ein Signal der Ermutigung für alle Frauen zu setzen, die im Wettbewerb um Spitzenpositionen oftmals systematisch übergangen worden waren. Vergleichbar mit Regelungen in skandinavischen Ländern setzt sich die IG Metall für eine 30-Prozent-Frauenquote für jene Aufsichtsratsmandate ein, die von Gewerkschaftsseite besetzt werden können. Ein Anfang, immerhin.

Angela Merckels Vorstoß für eine europäische Wirtschaftsregierung landet vorerst im Fettnäpfchen. Zum einen hat sie dabei wieder nur das Einverständnis mit dem französischen Staatspräsidenten gesucht. Zum anderen ignoriert sie, dass die meisten EU-Länder die Vorlieben der deutschen Konservativen für neoliberale Wirtschaftspolitik doch nicht teilen wollen. Dass man sich um Steuerharmonisierung bemühen sollte, findet zwar auch im sozialdemokratischen Lager keinen Widerspruch. Ganz anders ist das mit dem Aufdiktieren von Lohnleitlinien, der schematischen Verlängerung von Lebensarbeitszeiten und nicht zuletzt auch mit Verschuldungsverböten. Das bringt wohl kaum eine Lösung für die derzeitigen Hauptsorgenländer Spanien und Irland im Bemühen um Euro-Stabilität. Denn nicht das Luxusleben der Arbeitenden und die öffentliche Verschuldung, sondern unregulierte Finanzmärkte haben die nationalen Krisenlagen